Newsletter Oktober 2022

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

lange hat es gedauert, bis der Landtag überhaupt in diese neue Legislaturperiode gestartet ist. CDU und Grüne haben sich viel Zeit gelassen, um einen Koalitionsvertrag zu verhandeln und die neue Landesregierung zu konstituieren. Und damit startete auch der Landtag in dieser krisengebeutelten Zeit erst nach der Sommerpause mit viel Stottern in die parlamentarische Arbeit.
In Nordrhein-Westfalen machen sich derweil Millionen Menschen Sorgen darüber, wie sie warm über den Winter und angesichts steigender Preise finanziell über die Runden kommen. In einer solch schwierigen Zeit brauchen die Menschen einen starken Sozialstaat, der sie auffängt. Insofern waren wir gespannt, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung ihren Nachtragshaushalt ausstatten würde - welche Entlastungen und Hilfen geplant sind, um prekäre Lagen zu verhindern und den Menschen ein Stück weit die Sorgen zu nehmen.
Nun ja. Die erste Maßnahme, die ins Auge sticht: 186 neue Stellen für die Bürokratie in den Ministerien. Das ist quasi ein halbes Justizministerium oben drauf. Spitzenreiter sind das Wirtschaftsministerium von Mona Neubaur mit 30 zusätzlichen Stellen, die Staatskanzlei mit 29 neuen Stellen und das grüne Umwelt- und Verkehrsministerium von Oliver Krischer mit 28 zusätzlichen Stellen.
Nachvollziehbarer sind dann eher die zusätzlichen Lehrer*innenstellen an den Schulen (+1.000) und die 400 zusätzlichen Stellen bei der Polizei. Aber so wirklich mag man der Landesregierung es nicht abnehmen, dass sie so für weniger Unterrichtsausfall und mehr Sicherheit auf den Straßen sorgen wird. Denn an Stellen mangelt es bereits jetzt nicht, sondern an Fachkräften. Nach wie vor sind 11.000 Stellen an den Schulen und 2.900 Stellen bei der Polizei unbesetzt. Und ein Konzept, wie sie die vielen offenen und die weiteren neuen Stellen besetzen will, liefert die Landesregierung nicht. Stellen allein schaffen keine Sicherheit, unterrichten keine Kinder und beschleunigen auch keine Planungen.
Während Ministerpräsident Hendrik Wüst die Verantwortung für die aktuelle Krisenbewältigung auf den Bund abwälzt, hatten wir bereits in der Plenarwoche Anfang September Vorschläge gemacht, wie man die Menschen in Nordrhein-Westfalen entlasten kann. Darüber berichtete ich bereits im letzten Update. In der zurückliegenden Plenarwoche haben wir nun erneut in mehreren Anträgen deutlich gemacht, mit welchen weiteren Maßnahmen wir das Gemeinwesen und die soziale Infrastruktur vor dem Kollaps schützen wollen. Es gibt eben doch Bereiche, in denen das Land zuständig ist und nicht der Bund.

So fordern wir einen Schutzschirm von 200 Millionen Euro für Krankenhäuser, Pflegeheime und andere soziale Einrichtungen, um Insolvenzen zu verhindern. Mit der Einführung eines bundesweiten 30-Euro-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr (Mobilität für 1 Euro pro Tag) wollen wir Pendler*innen dauerhaft entlasten. Die Studierendenwerke wollen wir mit 20 Millionen Euro zusätzlich ausstatten, um zu verhindern, dass die Semesterbeiträge der Studierenden steigen und um auf die zu erwartenden zusätzlichen Bafög- und Härtefallanträge reagieren zu können. Durch die Anpassung der Kindpauschalen nach dem Kinderbildungsgesetz und einmalige Zuschüsse für jede Betreuungsgruppe wollen wir verhindern, dass in den Kitas und in der Kindertagespflege im Winter die Heizung ausgeht. Wir fordern die Landesregierung außerdem auf, zeitnah einen Energiegipfel mit den Verbänden der Kommunen und kommunalen Unternehmen einzuberufen und einen Schutzschirm und Bürgschaften für die Stadtwerke aufzulegen, um so Liquiditätsengpässe zu verhindern.
Nach 100 Tagen ist für die Landesregierung die Zeit gekommen, endlich anzufangen. Wir haben genügend Vorschläge vorgelegt. Nun muss die Landesregierung entscheiden, ob sie das Land durch die Krise führen oder die Not der Menschen, Unternehmen und Einrichtungen nur verwalten will.
Ich wünsche Euch eine weitere interessante Lektüre und erholsame Herbstferien.

Ihre/Eure

Scholz hat geliefert, Wüst zögert. Entlastung jetzt!

Mehr Entlastung wagen! Auf diesen Weg haben Olaf Scholz und die Ampelkoalition sich in den vergangenen Tagen gemacht und Entlastungen in Höhe von 65 Milliarden Euro beschlossen. Denn außergewöhnlichen Herausforderungen kann man nur mit entschiedenen Mitteln begegnen.

Ganz anders die schwarz-grüne NRW-Regierung. Nicht bewegen, lautet die Devise. Sie richtet den Blick bittend und fordernd nach Berlin, ob man als arme Landesregierung nicht Rettung vom Bund erhoffen könne.

Arm dran sind aber nicht die Regierungen, sondern die Menschen. Sie leiden unter erheblichen Einkommensverlusten durch die gestiegenen und weiter steigenden Lebenshaltungskosten als Folge des Ukraine-Kriegs. So erwartet die Bundesnetzagentur eine Verdreifachung des Gaspreises im Jahr 2023. Und besonders betroffen sind Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen.

Wir erinnern die Landesregierung an ihre Aufgaben und haben drei Anträge mit Ideen und Forderungen zur Entlastung der Menschen in den Landtag eingebracht. Die Landesregierung muss jetzt liefern. Schnell und unbürokratisch.

Unsere Forderungen umfassen:

- Energiegutscheine zur direkten Begleichung von Strom- und Gasrechnungen,
- einen Notfallfonds in Höhe von 300 Millionen Euro, um Menschen, denen Strom- und Gassperren drohen, finanziell abzusichern,
- einen Rettungsschirm für insolvenzbedrohte Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen,
- ein flächendeckendes Kündigungsmoratorium, damit Säumigkeit bei Nebenkostenabrechnungen nicht zu Wohnungsverlust führt,
- einen Pakt mit der Wohnungswirtschaft für einen sofortigen Mietpreisstopp
- den Erlass der Kita- und OGS-Gebühren.

Mit leeren Händen aus der Ministerpräsidentenkonferenz: Wüst hat keinen Plan

Was haben wir darauf gewartet: Ministerpräsident Hendrik Wüst sollte dem Landtag am Freitag nach der Ministerpräsidentenkonferenz berichten, was er denn nun endlich tun möchte. Was er vorhat, um die Menschen, unsere Krankenhäuser, Altenheime und Unternehmen gut durch die Krise zu bringen. Doch der Ministerpräsident enttäuschte auf ganzer Linie. Statt Initiative zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen, statt seinen Plan zur Entlastung der Menschen und Familien in NRW vorzustellen, formulierte er schon wieder nur Forderungen an den Bund. Als wenn er nicht der Regierung des größten deutschen Bundeslandes vorstehen würde. Als wenn er nicht Verantwortung trage für den wichtigsten Industriestandort Deutschlands. Als wenn er keinen Haushalt und keine Armada an Ministerialbürokratie im Rücken hätte. Kurz als sei er ein ganz normaler Bürger, der mit großen Augen den Wirren und Widrigkeiten unserer Zeit nur zu-

sehen kann, statt ihnen aktiv zu begegnen. Föderalismus als organisierte Verantwortungslosigkeit. So war das nicht gedacht. Und so darf es auch nicht sein! Und doch warten wir weiter auf Impulse, wie den Erlass von Kita-Gebühren oder ein günstiges Nahverkehrsticket. Wüst muss endlich handeln und als erster Bürger unseres Landes vorangehen. Das dürfen die Menschen in unserem Land zurecht erwarten.

Landesregierung lässt Sprach-Kitas im Stich

Was wären wir ohne Sprache? Kann ich mir gar nicht vorstellen. Aus gutem Grund lauschen wir unseren Kleinsten gebannt den kleinsten Laut ab, ob nicht schon ein Wort erkennbar sei. Und das erste Wort vergisst man nie.
Ohne Sprache, keine Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb ist die Sprachförderung in jungen Jahren bereits so wichtig. Und aktuell auch dringend, schließlich sind viele ukrainische Kinder nach Deutschland geflohen.
Zum Glück gibt es das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“. Das fördert Kitas, deren Kinder häufig Probleme in der Sprachentwicklung haben. In NRW gibt es 1.491 Sprach-Kitas, allein bei uns Dortmund sind es 108, u.a. die AWO-Kita Am Bruchheck in Hörde, die ich vor Kurzem besucht habe.

Doch damit soll jetzt Schluss sein! Bundesfamilienministerin Paus (Grüne) will das Förderprogramm überraschend beenden. Wenn Bedarf sei, können die Länder das Programm ja gerne weiterführen. Ihre grüne Parteifreundin und zuständige NRW-Ministerin für Kinder und Jugend, Josefine Paul, spielt den Ball aber wieder zurück: das müsse der Bund machen. Ein unwürdiges Schauspiel auf Kosten der Erzieher*innen, Eltern und vor allem der auf die Sprachförderung angewiesenen Kinder. Gut 1500 Menschen, die unseren Kindern die Sprache lehren, drohen ihre Arbeit zu verlieren. Das grüne Beamten-Mikado (wer zuerst zuckt, verliert) ist eine Schande. Statt Fingerzeigen muss Verantwortung übernommen werden!
In einem Antrag haben wir nun die Landesregierung aufgefordert, die Sprach-Kitas in Eigenregie weiterzuführen. Doch sowohl die Landesregierung als die schwarz-grüne Regierungskoalition haben sich taub gestellt und den Antrag abgelehnt. NRW-Familienministerin Josefine Paul wettet lieber darauf, dass der Bund doch noch irgendwie einspringen wird und riskiert damit einen Fachkräfte-Aderlass am Jahresende. Kurz: Die Landesregierung opfert die Sprach-Kitas auf dem Altar eines Finanzpokers mit der Bundesregierung. Ein Scherbenhaufen mit Ansage!

Für ein starkes NRW mit einer starken Industriepolitik

Wir brauchen eine starke Industrie - klimaneutral und mit gerechten Löhnen. Doch der Standort NRW steht unter Druck, das beweist die geplante Schließung der Vallourec-Werke in Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr. 2.400 Menschen drohen ihre Arbeit zu verlieren. Die Auswirkungen auf die hiesige Stahlindustrie sind noch nicht abzusehen. Wir müssen jetzt mit einer aktiven Industriepolitik gegensteuern, um den Industriestandort NRW zu halten und die Industrie als Motor der Innovation auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Doch die schwarz-grüne Landesregierung stellt sich bisher quer und setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.

Bildung als kritische Infrastruktur: Schulen und Kitas in der Pandemie besser schützen

Die Pandemie hat es gezeigt: Unsere Schulen und Kitas sind kritische Infrastrukturen: Die Schließungen in der Pandemie haben weitreichende Folgen für die Entwicklung unserer Kinder und haben Familien vor große Herausforderungen gestellt. Das darf nie wieder passieren. Wir müssen unsere Bildungseinrichtungen krisenfest machen! Wir fordern deshalb Notfall- und Krisenpläne für Schulen und Kitas. Außerdem wollen wir, dass unsere Bildungseinrichtungen als kritische Infrastrukturen anerkannt werden, damit ihr Betrieb auch in Notlagen höchste Priorität hat.

Entlastung jetzt! SPD unterstützt #NotrufNRW der Beschäftigten an den Uni-Kliniken

Gute Gesundheitsversorgung ist systemrelevant. Doch Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Kein Wunder bei diesen Arbeitsbedingungen mit ständigen Überstunden und ständig wechselnden Dienstplänen. Wir fahren unsere Gesundheitsversorgung auf Verschleiß und das auf dem Rücken der Pflegekräfte.
Dagegen kämpften in diesem Sommer die gebeutelten Beschäftigten der in Verantwortung des Landes stehenden Uni-Kliniken. Sie forderten einen Entlastungstarifvertrag. Nach einem viel zu langen Arbeitskampf haben sie diesen schließlich erstritten. Wir die Beschäftigten auf diesem Weg unterstützt und eingefordert, dass das Land die Mittel für einen angemessenen Tarifvertrag bereitstellt. Weil klatschen nicht mehr reicht!

Weil Respekt auch die Gleichstellung der Geschlechter bedeutet

Auch in der neuen Legislaturperiode bleibe ich frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. In den letzten Wochen haben wir unsere Arbeitsschwerpunkte für diesen Themenbereich festgelegt. Natürlich werden wir auch weiterhin für den Schutz gewaltbetroffener Frauen und Mädchen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungen kämpfen. Wir werden uns genauso für mehr Frauenhausplätze und Frauenberatungsstellen einsetzen wie für ein Paritätsgesetz. Hier haben wir in der vergangenen Legislaturperiode aber bereits wichtige Pflöcke gesetzt.

Unser politischer Schwerpunkt wird in der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode deshalb an anderer Stelle sein. Wir wollen mit den Themen Gute Arbeit und gendergerechter Gesundheitsversorgung eine breitere Zielgruppe erreichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich die Arbeits- und Lohnbedingungen gerade von Frauen im Niedriglohnbereich verbessern. Wir wollen Familie und Beruf besser vereinbar machen und Frauen bessere Chancen ermöglichen, auf der Karriereleiter aufzusteigen. Alleinerziehende wollen wir hierbei besonders unterstützen. Beim Thema Gute Arbeit muss das Land mit gutem Beispiel voran gehen, aber auch vorbildhafte Projekte fördern.

Die Ampel in Berlin hat den Paragrafen 219a abgeschafft. Ein wichtiger Schritt. Aber dennoch sind wir von echter körperlicher Selbstbestimmung noch weit entfernt. Die Möglichkeiten, in NRW einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen sind weiter zurückgegangen. Die Folge sind weite Wege in einer belastenden Lebenssituation. Wir setzen uns deshalb neben kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen vor allem für die Verbesserung der Versorgungslage ein. Genauso wie wir das auch bei den Hebammen und Geburtsstationen tun werden. Wir werden uns außerdem für eine starke Gendermedizin einsetzen, denn noch viel zu selten wird in der medizinischen Forschung auf die biologischen Unterschiede zwischen Frauen und Männern geachtet.

Periodenarmut? Nicht mit uns!

Menstruation. Jaja, wir reden nicht so gern darüber. Müssen wir aber. Denn Menstruation betrifft sehr, sehr viele Frauen und Mädchen. Soweit so bekannt. Aber, dass sie auch erhebliche Kosten tragen für Tampons und Binden, dass Studien zeigen, dass viele, wenn es Ende des Monats mal wieder knapp ist mit dem Geld, Menstruationsprodukte länger tragen, als gesund ist, das ist wohl nur den Betroffenen bekannt. Man nennt das Periodenarmut und das ist auch bei uns gar nicht selten: für etwa 23% der Frauen zwischen 16 und 45 Jahren sind Menstruationsprodukte

eine finanzielle Belastung. Viel zu hohe 12% zögern den Wechsel von Tampons und Binden möglichst lange hinaus, bei jüngeren Frauen zwischen 16 und 24 Jahren sind es untragbare 70%.
In Schottland ist nun ein Gesetz in Kraft getreten, das Abhilfe verspricht. Der „Period Product Act“ verpflichtet, dass in öffentlichen Gebäuden nicht nur Toilettenpapier, sondern auch Menstruationsartikel kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Und auch in NRW gibt es erste Kommunen wie Hamm und Düsseldorf, die an Schulen damit experimentieren.
Wir haben uns ein Beispiel daran genommen und im Landtag beantragt, ein Förderprogramm aufzulegen, das Schulen, Hochschulen und Kommunen dabei unterstützt, kostenfreie Menstruationsartikel bereitzustellen. Das Toilettenpapier bringen wir ja auch nicht zur Schule, Studium oder Arbeit mit.

219a endlich abgeschafft!

Endlich! Der Deutsche Bundestag hat am 24. Juni die Streichung von §219a aus dem Strafgesetzbuch beschlossen. Damit fällt endlich das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche. Ein wichtiger Schritt für die Frauenrechte! Denn es wird immer schwieriger für Frauen, Kliniken und Praxen zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Deswegen hatten wir auch in der letzten Legislaturperiode in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Abschaffung des § 219a einzusetzen. CDU und FDP lehnten dies jedoch ab.
Und übrigens: Die Entscheidung zur Abschaffung von §219a fiel 25 Jahre nachdem die Vergewaltigung in der Ehe in Deutschland nach langem Kampf unter Strafe gestellt wurde. Meilensteine brauchen eben leider ein wenig länger.

Fachkräftemangel bekämpfen. Kompetenzzentren Frau und Beruf erhalten!

Uns fehlen Fachkräfte. An allen Ecken und Enden. Dabei sitzen wir auf einem großen, ungenutzten Potential: Frauen. Sie arbeiten häufig in Teilzeit und das trotz hervorragender Bildungsabschlüsse. Der Fall ist klar, der Karriereknick ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Unsere 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf kümmern sich seit vielen Jahren genau darum: Sie helfen Unternehmen dabei, familienfreundliche Arbeitsplätze anzubieten. So können die Unternehmen ihre unbesetzten Stellen „an die Frau bringen“ und dem Fachkräftemangel begegnen. Noch! Denn Ende Oktober endet die Förderung und die Kompetenzzentren stehen vor dem Aus. Die Landesregierung muss jetzt schnell handeln, damit die sie ihre Arbeit fortführen können. Doch bisher geschieht nichts! Keine Fördermittel, kein Konzept, keine Zukunft. Seit über einem Jahr warten wir auf das angekündigte Nachfolgekonzept. Ich habe die Landesregierung deshalb nun erneut in einer Kleinen Anfrage gefragt, wie sie die Kompetenzzentren erhalten will, damit wir die in langjähriger Arbeit aufgebauten Kompetenzen nicht einfach verlieren. Und damit Frauen in Beruf und Familie glücklich sein dürfen.

Eine saubere Umwelt und intakte Natur für alle

Schon Willy Brandt wusste, dass eine saubere Umwelt sehr viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Wer wenig Geld hat, wohnt eher in dicht bebauten Stadtvierteln, wo an heißen Sommertagen der Klimawandel noch stärker zu spüren ist, und seltener im Einfamilienhaus im Grünen. Daher ist uns Sozialdemokrat*innen auch der Kleingarten so wichtig.
Umwelt-, Klima- und Naturschutz müssen uns Sozialdemokrat*innen viel stärker interessieren, als sie es in den letzten Jahren getan haben. Wir sind es, die den Spagat schaffen, zwischen dem Bewahren der Natur auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Ermöglichen weiterer Entwicklung, z.B. der Ausweisung neuer Wohnbauflächen oder dem Erhalt industrieller Arbeitsplätze. Wir sind es, die die Energiewende so gestalten, dass erneuerbare Energien auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel erschwinglich werden. Und wir sind diejenigen, die sich dafür einsetzen, dass die Umweltbelastungen gerade in benachteiligten Stadtviertel reduziert werden.
Es sind große Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren schultern müssen. Und ich zweifle, dass die Grünen hier Lösungen präsentieren werden, die zum Wohle aller Menschen in NRW sind, sondern lediglich das gute Gewissen der Besserverdienenden beruhigt.

Seit dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Dort habe ich die Schwerpunkte Umwelt und Gesundheit, Naturschutz und Kleingärten übernommen. Hier heißt es für mich nun, in den nächsten Monaten Kontakte zu den Naturschutz- und Kleingartenverbänden zu knüpfen und mich in den neuen Themenbereich inhaltlich einzuarbeiten. Einen ersten Vorgeschmack bekam ich vor einer Woche beim Naturschutztag des NABU NRW in Köln. Eine sehr spannende und interessante Veranstaltung, die mir aufgezeigt hat, mit wieviel Engagement Tausende Ehrenamtliche in NRW unterwegs sind, um Biotope zu schützen und zu pflegen, Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen und Wissen zu vermitteln.
In den Kleingärten – zumindest in denen in meinem Wahlkreis – war ich ja bereits in der letzten Legislaturperiode und im Wahlkampf oft unterwegs, zuletzt wieder bei der Anlagenfahrt des Dortmunder Stadtverbands. Wie so viele andere Vereine auch, machen sich die Kleingärtner*innen darüber Sorgen, wie sie die steigenden Energiekosten stemmen sollen. Wir werden uns deshalb auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Kleingartenvereine nicht im Stich gelassen werden und bei der Bewältigung der Energiekrise unterstützt werden.
In Sachen Umweltschutz wollen wir in den nächsten Monaten eine Position entwickeln, wie wir die weitere Versiegelung von Freiflächen drosseln, ohne dabei den Bau neuer Wohnungen und von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu verhindern.
Wir werden außerdem das Thema Biodiversität – Stichwort: Insektensterben – nochmal auf die politische Agenda holen, denn hierzu sagt der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün nichts Konkretes aus. Wir wollen wissen, wie die Landesregierung das weitere Artensterben in NRW stoppen will und was vom Engagement der Grünen in der Volksinitiative Artenvielfalt NRW übrig geblieben ist.

Die Waffen müssen schweigen - Zeit für Diplomatie

Jahrzehntelang war der Antikriegstag nicht mehr so aktuell, wie in diesem Jahr. Der furchtbare Angriffskrieg von Wladimir Putin hat die Welt verändert und massive Auswirkung auf unser Zusammenleben in Europa. Aus Protest riefen die AWO Westliches Westfalen und der AWO Unterbezirk Dortmund deshalb auch am 1. September anlässlich des Antikriegstags zu einer Protestaktion vor der Reinoldikirche auf. Mit Wortbeiträgen von Oberbürgermeister Thomas Westphal, Michael Scheffler (AWO Bezirksvorsitzender) und Aktiven der AWO, aber auch mit dem von Jacques Tilly gestalteten Protestwagen machten wir darauf aufmerksam, dass der Krieg endlich ein Ende haben muss.

Zum Antikriegstag haben Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Bundestag und vielen Landtagen – darunter auch Dietmar Köster, Jens Peick, Thomas Westphal und ich – als Erstunterzeichner*innen einen Aufruf gestartet, in dem wir die Zivilgesellschaft auffordern, mit uns für Frieden zu demonstrieren. Die Gewaltspirale muss durchbrochen werden. Es ist Zeit, mit diplomatischen Mitteln ein Ende des Krieges zu befördern.

Gegen diesen Aufruf gab es vehemente Kritik, auch aus Reihen der SPD und der Friedensbewegung. Man könne doch nicht mit Putin verhandeln. Auch China sei als Vermittler nicht geeignet. Aber mal ehrlich, wie sonst soll es in der Ukraine zu Frieden kommen? Durch weitere Waffenlieferungen und jahrelange Kampfhandlungen mit Tod und Elend? Klar hat die Ukraine ein Selbstverteidigungsrecht und muss hierbei unterstützt werden. Aber Frieden wird es nur mit beiden Seiten geben. Dafür müssen wir uns jetzt einsetzen!

Nach dem Tod eines 16-jährigen Flüchtlings: Polizeieinsatz lückenlos aufklären

Der Tod eines 16-jährigen Flüchtlings aus dem Senegal hat auch den Landtag erschüttert. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Einsatz lückenlos aufgeklärt wird. Bislang gab es bereits Berichterstattungen im Haupt-, im Innen- und im Rechtsausschuss und wir werden auch weiter an dem Vorfall dran bleiben, gerade nachdem von Seiten der Staatsanwaltschaft die Frage aufgeworfen wurde, ob der den Schüssen vorausgehende Einsatz der Situation angemessen war. Dies sind wir dem Verstorbenen und seinen Angehörigen, aber auch den Menschen in der Nordstadt schuldig.

Es darf nicht sein, dass die Anwohner*innen eines ganzen Stadtteils mehrheitlich das Vertrauen in

die Polizei und den Rechtsstaat verlieren, gerade auch angesichts dessen, dass viele eigene negative Erfahrungen im Umgang mit der Polizei gemacht haben. Die Polizei, Dein Freund und Helfer – das war mal das Motto der Polizei. Dahin müssen wir zurückkehren. Das geht aber nur, wenn es einen Dialog gibt. Dafür brauchen wir passende Formate und mehr Bezirksbeamte, die zu Fuß im Stadtteil unterwegs sind. Da muss Innenminister Reul nun liefern. Nicht nur für die Nordstadt, sondern auch für andere ähnliche Stadtteile, in denen das Vertrauen verloren gegangen ist. Und genauso wie bei der Frage, ob bzw. was die Polizei in Einsätzen mit suizidgefährdeten Personen besser machen kann.

Selbstgemachter Lehrer*innenmangel an den Förderschulen?

Mehrere Brandbriefe erreichten mich vor ein paar Monaten aus der Georgschule, einer Waldorf-Förderschule in Brünninghausen. Einigen Lehrer*innen drohte das Ende ihrer Arbeitsverträge und der Schule dadurch Personalmangel. Warum? Die drei Lehrer*innen absolvieren momentan ihre sonderpädagogische Ausbildung. In der Vergangenheit war es kein Problem, dass solche Lehrer*innen schon während ihrer Ausbildung unter Aufsicht unterrichten dürfen. Das hat die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode geändert. Zwar konnte jetzt eine Zwischenlösung gefunden werden, das generelle Problem besteht aber weiterhin. Mit Volkan Baran habe ich nun die Schule besucht, um uns mit der Geschäftsführung und den Betroffenen über das Problem auszutauschen. Außerdem haben wir das Schülerparlament und die Arbeit der Schule kennengelernt.

Respekt muss wieder ein Leitbild für Politik und Gesellschaft sein

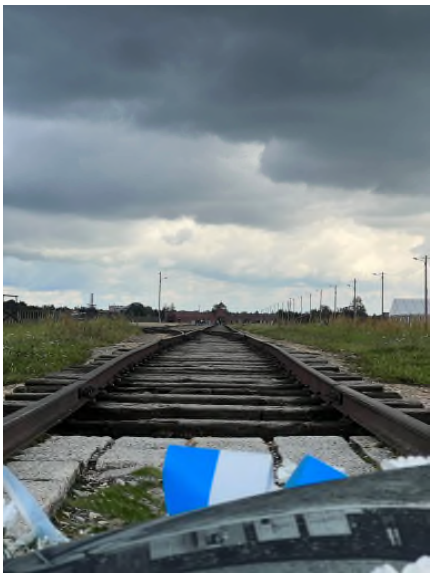
Schon mal darüber nachgedacht, wer auch am Sonntag für uns arbeitet? Und wissen wir das eigentlich zu schätzen, egal ob es dabei um die Polizist*in, die Pfleger*in, den Mitarbeiter*in im Notdienst oder den Packer*in beim Online-Versandhändler geht? Meist sind es Jobs, die ohnehin schon mit schwierigen Arbeitsbedingungen oder niedrigen Löhnen verbunden sind, in denen es Sonntagsarbeit gibt.

Deshalb war es für meine Kollegin Nadja Lüders und mich Ehrensache, diesen Menschen am Tag des Respekts Danke zu sagen. Stellvertretend für alle waren wir zum „Respektbesuch“ bei den Mitarbeitenden von Bäckermeister Grobe.

Respekt muss wieder ein Leitbild für Politik und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen werden, denn gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert auf Respekt. Das ist in diesen Zeiten besonders wichtig. Respekt gibt es nur, wenn wir uns alle auf Augenhöhe begegnen. Niemand sollte und darf sich über andere stellen.

Für uns bedeutet Respekt auch, ins Gespräch zu kommen und zuzuhören. Politik im Sinne der Vielen gelingt schließlich nur, wenn wir vielfältige Perspektiven, Wünsche und Sorgen wahrnehmen.

Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz



In Kooperation mit der Auslandsgesellschaft lud die SPD Dortmund zu einer Studienfahrt nach Krakau und Auschwitz ein. Wegen Corona musste die ursprünglich für 2020 geplante Reise verschoben werden. Nach der Besichtigung des früheren jüdischen Viertels Kazimierz in Krakau, aus dem Tausende jüdische Bürger*innen in das benachbarte Ghetto oder in ein Vernichtungslager deportiert wurden, stand am zweiten Tag der Besuch des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an.

Was soll ich Euch berichten aus Auschwitz-Birkenau? Welche Worte drücken das Leid aus, von dem ich hier ein Gefühl bekam? Ehrlicherweise fehlen sie mir. Ich bin entsetzt über die unvorstellbaren Gräueltaten, die an Millionen Menschen begangen wurden. Nachdenklich stelle ich mir die Frage, wozu Menschen fähig sind und nehme mir vor, dass ich mich mit all meiner Kraft gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen werde. Nie wieder!

Grußwort bei der Frauenkonferenz des ver.di-Fachbereichs Handel

Der Einzelhandel steckt seit vielen Jahren in der Krise. Digitalisierung, Online-Shopping, Corona, sterbende Innenstädte, Spielball von Investoren – egal ob bei real,-, Karstadt/Kaufhof oder aktuell bei Ikea und H&M – der Einzelhandel lässt uns nicht los. Die Folgen dieser Krise bekommen gerade Frauen zu spüren. Daher war es mir auch wichtig, zu den Kolleginnen auf ihrer Frauenkonferenz im Depot zu sprechen. Sie leisten jeden Tag harte Arbeit – oft unter schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen. Ich erwarte deshalb von den Arbeitgebern im Einzelhandel mehr Respekt und Wertschätzung für diese Leistung. Stattdessen erleben wir aktuell bei H&M erneut wieder die einfachste aller Lösungen. 13.000 Kolleg*innen sollen dort entlassen werden, weil sich im Online-Handel mehr Geld verdienen lässt. Ich sage: So nicht!

Wir brauchen mehr und nicht weniger Sozialstaat

Dortmund war im Juni Austragungsort der 11. Sozialkonferenz der Arbeiterwohlfahrt. Als Dortmunder Unterbezirksvorsitzende der AWO war es mir eine Ehre, die knapp 250 Delegierten aus ganz Deutschland in unserer Heimatstadt zu begrüßen. Auf der Konferenz wurden die großen gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen, die vor uns liegen, diskutiert.

Die Delegierten beschlossen die „Dortmunder Resolution“, in der sie einen Ausbau statt einem weiteren Abbau des Sozialstaates einfordern. Pandemie, Krieg und Klimakrise verschärfen die soziale Lage vieler Menschen in unserem wohlhabenden Land. War die Lage bereits vor diesen Krisen angespannt, geraten immer mehr Menschen in eine existentielle Notlage. In dieser Situation brauchen wir eine viel stärkere Umverteilung von oben nach unten, um den Sozialstaat ausbauen und stärken zu können.

Dortmunder*innen im Landtag zu Besuch

In den letzten Tagen konnte ich erneut mehrere Besuchergruppen aus Dortmund und NRW im Landtag begrüßen. Den Auftakt machte die 9. Jahrgangsstufe der Marie-Reinders-Realschule aus Hörde, die im Rahmen eines Schüler*innenbesuchsprogramms den Landtag und die parlamentarische Demokratie kennenlernten.

Wenige Tage danach verfolgten Gäste der Dortmunder Mitternachtsmission, des Werkhof-Projekts „Miteinander im Quartier“ und Auszubildende des Hombrucher Gebäudesicherheitsunternehmens Objektcontrol im Landtag die Plenardebatte und trafen sich im Anschluss mit mir zu einem Austausch. Einen Tag später diskutierte ich dann – in Vertretung von Volkan Baran – mit Mitarbeitern der DB Netz in Dortmund und des Petek Business-Netzwerks Migrantinnen NRW. Bereits im Juni absolvierte Thooya Shabesan ein Tagespraktikum in meinem Wahlkreisbüro und Louis Assauer ein dreitägiges Schülerpraktikum im Wahlkreis und im Landtag. Jana van der Horst besuchte mich während der letzten Plenarwoche im Landtag und verfolgte dort die Landtagsdebatte. Außerdem war mit dem Robert-Schuman-Berufskolleg die erste Besuchergruppe in der neuen Legislaturperiode zu Gast im Landtag. Vielen Schüler*innen war ich bereits im Wahlkampf auf der Podiumsdiskussion des Jugendrings Dortmund begegnet.

Nachrufe

Im August erreichten uns die traurigen Nachrichten über den Tod zweier Genossen, die die SPD Dortmund mitgeprägt haben.
Erwin Siekmann war zehn Jahre lang Mitglied des Landtags, nachdem er zuvor bereits 16 Jahre dem Rat der Stadt Dortmund angehörte. Die Menschen aus Hörde und Aplerbeck schenkten ihm bei den Landtagswahlen 1995 und 2000 das Vertrauen. Soziale Gerechtigkeit war ihm ein Herzensanliegen, als Politiker und Gewerkschafter und später auch während seiner Vorstandstätigkeit bei ZWAR.

Gerd Kompe, ehemaliger Geschäftsführer des SPD Bezirks Westliches Westfalen war nach seinem Wechsel in den Ruhestand viele Jahre lang Landesvorsitzender der AG60plus in der NRWSPD und nach seinem Ausscheiden ihr Ehrenvorsitzender. Als SPD-Rentenexperte stand er regelmäßig dem SPD-Parteivorstand beratend zur Seite, aber auch dem SPD-Landesvorstand und dem Unterbezirk Dortmund. Mir wird sein leidenschaftlicher, zugleich aber auch sachlicher und unaufgeregter Charakter in Erinnerung bleiben, mit dem er für mehr Generationengerechtigkeit gekämpft hatte.
Erwin und Gerd hinterlassen in Hörde, in Dortmund und in Nordrhein-Westfalen eine Lücke. Die SPD wird ihr außerordentliches Wirken nicht vergessen. Unsere Gedanken sind bei ihren Familien.

Bewährtes Team im Abgeordnetenbüro

Auch in der neuen Legislaturperiode arbeite ich mit meinem bewährten Büro-Team weiter. Martin Schmitz koordiniert als Büroleiter die Abläufe in den beiden Büros in Dortmund und Düsseldorf, unterstützt mich bei der inhaltlichen Arbeit und ist für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Robert Beckmann ist Euer Ansprechpartner im Wahlkreisbüro, der Termine koordiniert und für alles Organisatorische zuständig ist. Er unterstützt uns zudem bei der Öffentlichkeitsarbeit. Jan Westbrock ist unser Mann im Landtag, wo er meine Ausschüsse inhaltlich betreut.

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Austausch mit der Verbraucherzentrale Dortmund

Preisträger der Mevlüde-Genc-Medaille des Landes NRW: das Mentorinnenprogramm PerMenti

Auf Kleingartentour im Wahlkreis

Neue Legislaturperiode – neues Büro im Landtag

Christopher Street Day in Dortmund

Gedenken an den Atombombenabwurf von Hiroshima in Dortmund

Antikriegstagsaktion der AWO in Dortmund

Auch in der neuen Legislaturperiode setzen wir uns für ein Paritätsgesetz in NRW ein.

Für Dortmund im Landtag: Ralf Stoltze, Anja Butschkau, Nadja Lüders und Volkan Baran

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Energiepolitischer Austausch mit DEW21-Geschäftsführerin Heike Heim

Jubilarehrung beim SPD-Ortsverein Persebeck

Eröffnung der Dortmunder Ausstellung „Heimat. Gestern. Morgen!?“ im Landtag